

18.08.2023

## Kleine Anfrage 2372

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

### **Lärm, Dreck, Drogen – Brandbrief der Anwohner der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Mülheim-Raadt**

„Lärm, Dreck, Drogen“ – so lauten die Vorwürfe der Anwohner in Bezug auf die neue ZUE Mülheim-Raadt.<sup>1</sup>

Bis vor Kurzen galt die Neubausiedlung an der Theo-Wüllenkemper-Straße in Mülheim-Raadt als Idyll für Familien. Im Bericht des WDR ist die Rede von gepflegten Reihenhäusern mit Garten und einem Spielplatz in der Straße. Dieses Idyll hatte angeblich ein Ende, nachdem in unmittelbarer Nähe fast 600 Asylsuchende in einem ehemaligen Bürogebäude an der Parsevalstraße, der neuen ZUE in Mülheim-Raadt, einquartiert wurden. Die ZUE mit einer Kapazität von 650 Plätzen wurde erst im Juni in Betrieb genommen. Geplant ist eine zweijährige Nutzung.<sup>2</sup>

Massive Probleme im „*gewünschten guten Miteinander*“ führten dazu, dass sich die Anwohner jetzt an Innenminister Herbert Reul, die Ministerin für Flucht und Integration, Josefine Paul, die Bezirksregierung in Düsseldorf sowie den Oberbürgermeister von Mülheim, Marc Buchholz wandten. Danach stelle die hohe Anzahl an Menschen „*ein massives Problem*“ für Mülheim-Raadt dar. Berichtet wird auch von Lärm, Müll, Drogen und sogar von einem Einbruchversuch. Wie der WDR berichtet, sei bedingt durch eine massive Lärmbelästigung an Schlaf teilweise nicht zu denken.<sup>3</sup>

Weiter heißt es: „In und um die Zentrale Unterbringungseinrichtung komme es zu vermehrtem Müllaufkommen. Essensreste landeten in privaten Papiermülltonnen. Leere Alkoholflaschen und Restmüll würden achtlos entsorgt.“ „Junge Männer“ würden den Spielplatz zudem zum abendlichen Alkoholtrinken nutzen. Berichtet wird auch von Drogenkonsum in der Umgebung der ZUE.<sup>4</sup>

Die Sozialdezernentin der Stadt Mülheim äußerte sich gegenüber dem WDR und bestätigte: „Auch wir sind der Auffassung, dass hier zum Teil Grenzen überschritten werden und dass es einen akuten Handlungsbedarf gibt.“ Nach Informationen des WDR habe Mülheims Oberbürgermeister, Marc Buchholz, in dieser Angelegenheit bereits Gespräche mit dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf geführt. Angekündigte regelmäßige Treffen von Anwohnern mit Vertretern von Stadt und Land habe es bis jetzt noch kein einziges Mal gegeben.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/streit-unterkunft-gefluechtete-muelheim-100.html>

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Ebd.

Wie der WDR weiter berichtet, fordern die Anwohner mehr Sicherheitspersonal, auch außerhalb der Flüchtlingsunterkunft, sowie „eine zeitnahe Rückmeldung mit konkreten Lösungsvorschlägen“.<sup>5</sup>

Dass sich die Anwohner bereits nach 4 Wochen mit einem Brandbrief Luft verschafft haben, sollte als deutliches Signal gewertet werden. Die Landesregierung ist hier zum sofortigen Handeln aufgefordert.

Wie die Rheinische Post berichtet, planen die Bezirksregierung und das zuständige Ministerium weitere Schritte, „um mehr Akzeptanz zu erreichen“. Angeblich habe die Düsseldorfer Bezirksregierung bereits in der Vergangenheit Maßnahmen ergriffen, um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.<sup>6</sup>

Wie aus dem Brandbrief hervorgeht, fordern die Anwohner einen Sicherheitsdienst, der rund um die Uhr in der Siedlung kontrolliert. Wie die Rheinische Post weiter berichtet, stehe die ZUE-Leitung mit den Anwohnern im engen Austausch. Anregungen und Beschwerden aus der Bürgerschaft würden „zeitnah und umfassend“ beantwortet. „Grundsätzlich gehe man gemeldete Probleme an. Bei konkreten und individualisierbaren Verfehlungen werden die Betroffenen direkt von der Einrichtungsleitung angesprochen.“ Bei Verfehlungen sei eine „Bewohneransprache“ vorgesehen. Außerdem gebe es „Wertevermittlungskurse, in denen es um Verhaltensregeln oder auch Nachtruhezeiten gehe. Auf die korrekte Entsorgung von Müll werde ebenfalls hingewiesen“.

Nach Informationen der Rheinischen Post beabsichtigt die Bezirksregierung Düsseldorf außerdem, zeitnah zwei zusätzliche Sicherheitsmitarbeiter zu beauftragen.<sup>7</sup>

Das NRW-Flüchtlings- und Integrationsministerium betonte: „Das Land achtet darauf, bei der Unterbringung von Geflüchteten gewisse Standards einzuhalten, die auch zur Akzeptanzsteigerung beitragen.“ Weiter hieß es von Seiten des Ministeriums:

„Trotz der weiterhin hohen Aufnahmebereitschaft, wie auch das anhaltende Engagement der Kommunen und der Bevölkerung, fühlen sich einige Menschen derzeit verunsichert, wenn beispielsweise eine Unterkunft für Geflüchtete bei Ihnen in der Nähe entsteht. [Satz so in der Quelle] [...] Es ist unsere Aufgabe als Politik, zu jedem Zeitpunkt für Akzeptanz zu werben, Lösungen zu finden und das Gespräch zu suchen.“<sup>8</sup>

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Personen sind aktuell in der ZUE Mülheim-Raadt untergebracht? (Bitte möglichst differenziert nach Herkunftsland, Altersstruktur und Familienstand – also alleinreisende Männer/ Frauen/ Kinder, Paare und Familien – listen)
2. Welche Beschwerden werden im Detail in den beiden Brandbriefen von den Bürgern bzw. Anwohnern vorgebracht? (Bitte die Brandbriefe der Antwort beifügen)

---

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Vgl. [https://rp-online.de/nrw/panorama/muelheim-anwohner-melden-massive-probleme-mit-fluechtlingsheim\\_aid-94038075](https://rp-online.de/nrw/panorama/muelheim-anwohner-melden-massive-probleme-mit-fluechtlingsheim_aid-94038075)

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd.

3. Inwiefern hält es die Ministerin für Flucht und Integration für angemessen, die Beschwerden der Bürger mit dem Hinweis abzutun, dass Menschen sich „verunsichert“ fühlen, wenn eine Unterkunft für Geflüchtete bei ihnen in der Nähe entsteht?
4. Mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Landesregierung den betroffenen Anwohnern zu helfen und somit im Sinne dieser Bürger zu agieren?
5. Wie passt es nach Ansicht der Landesregierung zusammen, von einer auch „weiterhin hohen Aufnahmebereitschaft“ sowie einem „anhaltenden Engagement der Kommunen und der Bevölkerung“ zu sprechen, wenn betroffene Bürger sich bereits wenige Wochen nach Eröffnung einer neuen ZUE mit einem Brandbrief an die Landesregierung wenden?

Enxhi Seli-Zacharias